PB.B-01-075

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 74 bis 75 einfügen:
Systems. Damit alle Kinder, auch Kinder mit Behinderungen, einen Platz in einer guten Kita bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen. Dazu wollen wir allen Kindern einen Rechtsanspruch auf eine bedarfsgerechte Betreuungszeit garantieren. Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, ermöglicht ein Kinderbetreuungsplatz gesellschaftliche, wie berufliche Teilhabe. Die Betreuungsplatzgarantie muss den Lebens- und Arbeitsrealitäten von Eltern gerecht werden und auch Schicht- und Wochenendsarbeit einschließen.

Begründung

Die aktuelle Pandemie zeigt uns, welchen Stellenwert die Professionalisierung der Betreuung von Kindern für unsere Gesellschaft hat. Ist die Betreuung, wie jetzt in der Corona-Krise nicht gegeben, oder nicht mehr verlässlich, dann sind Frauen* die leidtragenden, die nur noch in Teilzeit arbeiten können oder gar ihren Job kündigen müssen. Regelmäßig verlieren Frauen* ihre Arbeit, oder werden gar nicht erst eingestellt, mit dem unter der Hand Verweis darauf, dass sie ja Kinder haben, um die sie sich kümmern müssen. Das ist die bittere Realität und trifft auch Frauen*, die potenziell Kinder kriegen könnten, weil sie gerade im „richtigen“ Alter sind!

Und auch außerhalb von Krisenzeiten hakt es in Deutschland bei der Kinderbetreuung. Arbeit in Schichtsystemen oder an Samstagen, wie sie für viele Menschen ganz normal ist, wird in unseren Kinderbetreuungsangeboten viel zu oft nicht berücksichtigt. Die Koordinierungsarbeit, um Kinderbetreuung auch außerhalb von KiTa-Öffnungszeiten zu ermöglichen, fällt auf Frauen zurück. Wenn es nicht gelingt Kinderbetreuung andersweitig zu organisieren, sind sie es, die zurück stecken und zuhause bleiben.

Damit Kommunen ein Kinderbetreuungsangebot schaffen können, dass durch ein Netz von Kindertagesstätten und kostenlosen Kindertagespflegepersonen, den Lebensrealitäten von Eltern gerecht wird, gleichberechtigte berufliche, wie gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, und gleichzeitig Erzieher:innen endlich würdige Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ermöglichen können, brauchen Kommunen massive finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern. Das muss es uns Wert sein!

weitere Antragsteller*innen

Felix Bach (KV Braunschweig); Dave Tkaczyk (KV Braunschweig); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Pippa Schneider (KV Göttingen); Lilly Pietsch (Hannover RV); Alexander Link (KV Heidelberg); Maximilian Koch (KV Northeim/Einbeck); Swantje Schendel (KV Braunschweig); Leonhard Pröttel (KV Wolfenbüttel); Simone Stolzenbach (KV Goslar); Marcel Richter (KV

Braunschweig); Willi Hermann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Anna Charlotte Müller-Vahl (Hannover RV); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Julian Mensak (Hannover RV); Svenja Appuhn (Hannover RV); Gordon Schnepel (KV Braunschweig); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Karen Minna Oltersdorf (KV Braunschweig)